



## Die eingefrorenen Milliarden und eine innovative Lösung

Die Diskussionen um die eingefrorenen russischen Vermögenswerte, die sich auf etwa 300 Milliarden Dollar belaufen, beschäftigen die westlichen Alliierten seit zwei Jahren. Heute beginnt das G7-Treffen in Italien, und die Staats- und Regierungschefs stehen kurz davor, eine Einigung zu verkünden. Doch warum sind diese Vermögenswerte so umstritten?

Europäische Führungskräfte haben befürchtet, dass die Beschlagnahmung dieser Gelder internationales Recht verletzen könnte. Daher hat die Biden-Administration einen Plan entwickelt, um die durch diese Vermögenswerte generierten Zinsen zu nutzen. Diese Zinsen sollen einen Kredit absichern, der sofort an die Ukraine ausgezahlt werden könnte.

## Ein Kredit für die Ukraine

Die Idee ist, einen Kredit von bis zu 50 Milliarden Dollar zu gewähren, der mit den Gewinnen aus den russischen Geldern zurückgezahlt werden könnte. Dies wäre ein signifikanter Beitrag zur Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf und beim Wiederaufbau.

Doch wird das reichen? Der Plan könnte nicht nur die wirtschaftliche Lage der Ukraine verbessern, sondern auch ein starkes politisches Signal setzen. Er zeigt, dass die internationale Gemeinschaft bereit ist, kreative Lösungen zu finden, um der Ukraine zu helfen, ohne dabei rechtliche Grauzonen zu betreten.

## Chinas Rolle im Konflikt

Ein weiteres heißes Thema auf dem G7-Gipfel ist die Rolle Chinas. Der Westen ist besorgt, dass China Russland durch den Verkauf von „Dual-Use“-Mikroelektronik und anderen militärischen Gütern unterstützt. Die USA haben gestern neue Sanktionen angekündigt, um China daran zu hindern, dem Kreml in seinem Krieg gegen die Ukraine zu helfen.

Wie können diese Sanktionen durchgesetzt werden? Die Umsetzung solcher Sanktionen ist oft komplex und erfordert internationale Zusammenarbeit. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv diese Maßnahmen sein werden und welche Reaktionen aus Peking zu erwarten sind.



## Auktionen in der Ukraine

Um ihre Kriegskasse aufzufüllen und die Wirtschaft zu stärken, plant die Ukraine die Versteigerung von etwa 20 staatseigenen Unternehmen. Dies könnte dringend benötigte Einnahmen generieren und gleichzeitig den Wirtschaftssektor stimulieren.

## Zusätzliche Zölle auf chinesische Elektrofahrzeuge in der EU

Die EU hat gestern angekündigt, zusätzliche Zölle von bis zu 38 Prozent auf aus China importierte Elektrofahrzeuge zu erheben. Diese Maßnahme soll europäische Hersteller vor unlauterem Wettbewerb schützen. Diese Entscheidung folgt auf die Vervierfachung der Zölle auf chinesische Elektrofahrzeuge durch die USA im letzten Monat.

Diese Zölle könnten die Einführung von Elektrofahrzeugen in Europa verlangsamen und damit auch den Fortschritt bei der Emissionsreduzierung. Doch gleichzeitig könnten sie Arbeitsplätze in der europäischen Automobilindustrie sichern – eine Balance, die schwer zu halten ist.

## Migration und politische Dynamik in Europa

Die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament zeigen, wie stark das Thema Migration die Politik im Westen prägt. Rechtsgerichtete Parteien, die versprachen, den Migrationsstrom zu reduzieren, erzielten Gewinne, auch Mitte-rechts-Parteien waren durch eine restriktivere Haltung zur Migration ebenfalls erfolgreich.

Die moderne Migrationswelle im Westen hat viele Vorteile gebracht, aber auch Herausforderungen geschaffen. Mehr Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, überlastete Sozialsysteme und gesellschaftliche Veränderungen haben zu politischen Gegenreaktionen geführt, wie etwa dem Brexit.

## Weitere Nachrichten aus der Welt

### Naher Osten



- **Kriegsverbrechen:** Eine Kommission beschuldigte sowohl Israel als auch palästinensische Gruppen, Verbrechen während des Gaza-Kriegs begangen zu haben.
- **Waffenstillstand:** US-Außenminister Antony Blinken erklärte, dass einige von der Hamas vorgeschlagene Änderungen in den Verhandlungen über Geiseln nicht umsetzbar seien.
- **Geiseln:** Die kürzlich von der israelischen Armee befreiten Hamas-Geiseln waren unterernährt und hatten verschiedene Misshandlungen erlitten.

### Sonstige Nachrichten

- **Frankreich:** Präsident Emmanuel Macron warnte vor Chaos und Gesetzlosigkeit, sollte die extreme Rechte an die Macht kommen.
- **Kuwait:** Ein Feuer in einem Gebäude, in dem zahlreiche Geringverdiener lebten, forderte mindestens 49 Menschenleben.
- **Pakistan:** Tödliche Straßenkriminalität ist in Karachi, der größten Stadt des Landes, auf dem Vormarsch.
- **Griechenland:** Schulen wurden geschlossen und die Akropolis hat ihre Besuchszeiten aufgrund extremer Hitze eingeschränkt. Die Temperaturen könnten einen Rekord erreichen.
- **Großbritannien:** Wähler in postindustriellen Regionen haben sich von den Konservativen abgewandt.
- **Niederlande:** Drei Männer wurden für den Mord an dem bekannten Kriminaljournalisten Peter de Vries verurteilt.

Die weltpolitische Bühne bleibt dynamisch, und die Entscheidungen, die in den kommenden Tagen getroffen werden, könnten weitreichende Folgen haben. Welche Lösungen werden sich durchsetzen? Das bleibt spannend zu beobachten.